

# Aus der SKOS

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **95 (1998)**

Heft 11

PDF erstellt am: **06.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Viel Diskussionsstoff zu wichtigem Thema

### Über 240 Teilnehmende am SKOS Fortbildungsseminar in Interlaken

*Den Ausländerinnen und Ausländern in der Sozialhilfe war das SKOS-Fortbildungsseminar von Ende September in Interlaken gewidmet<sup>1</sup>. Neben inländischen Problemstellungen und Lösungsmöglichkeiten kamen auch internationale Erfahrungen zur Sprache: So stellte Jacobs Raf das neue Gesetz zur sozialen Integration in Holland vor. Premiere erlebte das eindrücklich vielschichtige 9-Minuten-Lied «P-Nummer 50 703»: die Geschichte einer jungen türkischen Frau in der Schweiz, im Auftrag der SKOS recherchiert und komponiert von Liedermacher Tinu Heiniger.<sup>2</sup>*

Gut 240 Praktikerinnen und Praktiker der Sozialhilfe sowie Behördenmitglieder vertieften sich Ende September in Interlaken ins Thema «Ausländerinnen und Ausländer in der Sozialhilfe». Drei Module – Theorie, Projekte, Einzelfälle – mit mehreren Workshops standen zur Auswahl.<sup>3</sup>

Dabei ging es zum Beispiel um das Integrationsverständnis und dessen Bedeutung für die Sozialhilfe, die Integrationspolitik aus Sicht des Bundes und der Städte oder die durch die Revision des Asylgesetzes vorgesehene Aufgabenteilung zwischen Hilfswerken und öffentlichen Sozialdiensten. Einheimische und Ausländerorganisationen stellten ihre Tätigkeiten in den Bereichen Schule und Familie, Arbeit und Beschäftigung sowie bezogen auf Quartiere in Genf, Bern und Zürich vor.

### Von Internetzen und Leitbildern

Ein national gemischtes Team von Frauen und Männern beispielsweise gab Einblick in einige gut vernetzte Basler Integrations-Projekte (z.B. Orientierungsschule, Kultur- und Freizeitzentrum für Flüchtlinge, Internetz, Internetz-Drehscheibe Albanien). «Das Präventionsprojekt Internetz», so eine Eigendarstellung, führt «Migrant/innen und Mitarbeiter/innen von privaten und staatlichen Organisationen und Fachstellen des Sozialen Basel durch verschiedene Veranstaltungen, Arbeitsgruppen und Projekte zusammen. Wenn Vermittlungspersonen aus der Migrationsbevölkerung in die Planung und Umsetzung einbezogen werden, kann die Qualität der bestehenden sozialen Einrichtungen und Angebote verbessert werden.» Internetz-Drehscheiben bestehen für die Bevölkerungsgruppen aus Albanien, Italien, Lateinamerika, Portugal, Spanien, der Türkei und den Philippinen.

Basel übrigens ist laut Thomas Kessler nach Neuenburg erst der zweite Kanton, der einen Beauftragten oder Delegierten für Migrations- und Integrationsfragen beschäftigt. In Neuenburg werde seit Jahren gute Integrationspolitik gemacht, «aber das interessiert niemanden», klagte der seit März in Basel wirkende Kessler, der überzeugt ist: «Das Problem ist

<sup>1</sup> Vgl. dazu auch die Artikel in der Oktober-Ausgabe der ZeSo.

<sup>2</sup> Die im Auftrag der SKOS entstandene CD von Tinu Heiniger «P-Nummer 50 703» kostet 10 Franken und ist bei der SKOS erhältlich. Neben Tinu Heiniger (Text, Musik, Gitarre, Gesang) sind zu hören: Philipp Schaufelberger (elektrische Gitarre) und Wolfgang Zwiauer (Bass). Bestelladresse: SKOS, Mühleplatz 1, Postfach, 3000 Bern 13.

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch die Artikel in der Oktober-Ausgabe der ZeSo.

die Umsetzung von Integration, nicht die Theorie!» Dennoch wird in Basel, wie vordem andernorts, ein Integrationsleitbild erarbeitet: Dieses Leitbild aber, so Kessler, werde ausgehen vom Potential der Ausländerinnen und Ausländer und Migration positiv definieren.

Johanna Tresp, Leiterin der Fachstelle für interkulturelle Fragen in Zürich, zeigte anhand des zum Teil heftig kritisierten Zürcher Leitbildes, dass an MigrantInnen und Einheimische in verschiedenen Lebens- und Aktivitätsbereichen unterschiedliche Erwartungen gestellt werden: Im Bereich strukturelle Grundwerte etwa (z.B. Steuerrecht, Schulen, gesetzliche Normen) sieht das Leitbild Assimilation / einseitige Anpassung der zuziehenden Personen vor; im Bereich Zivilgesellschaft (Zusammenleben in Quartier und Arbeitsalltag) postuliert das Leitbild gegenseitiges Aushandeln der Regeln zwischen Einheimischen und Zuziehenden (Akkulturation); wo die Menschen ihren Lebensstil individuell gestalten (Wohnformen, Kleidung, Religion), ist Toleranz gefragt.

Das Leitbild enthält auch Ziele und Strategien: Beispielsweise, so Johanna Tresp, soll durch verbesserte Aussenraumgestaltungen und die Förderung von Genossenschaften die hohe Zugangsmobilität in gewissen Quartieren reduziert werden. In den Schulen sollen die Qualifikationen der ausländischen Jugendlichen gefördert werden, wobei gute Deutschkenntnisse als Schlüssel für eine gute Integration gelten.

Unbestrittene Prämisse blieb in Interlaken, dass für AusländerInnen und InländerInnen gilt: Jugendliche, Frauen und Männer ohne Ausbildung und (anerkannte) Qualifikationen riskieren, ins Sozialhilfesystem zu geraten. Auf Interesse stiess ein ehrgeiziges staatliches

Projekt in Holland, das genau dies verhindern und MigrantInnen nach einem intensiven Eingliederungsprogramm zu Arbeit und Einkommen verhelfen will.

### **Holland: Eingliederungsprogramm für alle MigrantInnen**

Das neue Gesetz zur sozialen Integration ist in Holland seit dem 1. Oktober in Kraft. Es berechtigt und verpflichtet jede Migrantin und jeden Migranten ab 16 Jahren (auch HolländerInnen, die erstmals in Holland Wohnsitz nehmen), ein ambitioniertes Eingliederungsprogramm zu besuchen. Das Programm soll laut Jacobs Raf Diskrimination der MigrantInnen verhindern: Mängel nämlich, wie fehlende Sprachkenntnisse und Ausbildung, Unkenntnis der gesellschaftlichen Regeln, des Funktionierens der staatlichen Administration sowie des Arbeitsmarktes, führten zur Benachteiligung der Zugewanderten. Jacobs Raf, im Sozialamt in Den Haag zuständig für die Integration ethnischer Minderheiten, stellte dem Publikum das Eingliederungsprogramm seiner Stadt vor. Bei aller Euphorie räumte er ein, zwar stehe das Programm und sei von MigrantInnenorganisationen getestet und forciert worden, noch gebe es jedoch kaum Erfahrungen.

Wer sich in Den Haag niederlassen will, muss sich innerhalb von sechs Wochen bei der Gemeindeverwaltung melden: In einem gegen dreistündigen Abklärungsgespräch müssen die MigrantInnen ihre Holländisch-Kenntnisse unter Beweis stellen; ihre Wünsche und Möglichkeiten werden eruiert, und es wird abgeklärt, ob sie das obligatorische Eingliederungsprogramm zu absolvieren und auf welchem der fünf Start-Niveaus (keine Schulbildung – hohe Schulbildung) sie einzusteigen haben. Alle

MigrantInnen erhalten einen Passepartout, der ihnen reduzierte Preise für Bibliotheken, Museen und Schwimmbäder offeriert.

Spätestens sechs Wochen nach dem Abklärungsgespräch muss mit dem Eingliederungsprogramm begonnen werden. Auch wer eine Lohnarbeit findet, muss das Programm beenden. Die MigrantInnen sollen nach höchstens einem Jahr Unterricht (maximal vier Unterrichtstage pro Woche, insgesamt durchschnittlich 600 Stunden) fließend Holländisch sprechen können, wissen, wie die holländische Gesellschaft funktioniert, und sie sollen in der Lage sein, eine Arbeit zu finden. Ihre Fortschritte werden regelmässig getestet und am Kursende mit einem Zertifikat bestätigt. Das Ergebnis der nationalen Schlussprüfung wird mit der Migrantin / dem Migranten im Beisein von VertreterInnen der Schule und des

Arbeitsvermittlungsbüros besprochen. MigrantInnen haben dann Vortritt bei der Belegung weiterer Sprachkurse und arbeitsmarktorientierter Ausbildungen.

Während und nach dem Eingliederungsprogramm sind Freiwillige, die mit den Sozialämtern zusammenarbeiten, Ansprechpersonen und BeraterInnen der MigrantInnen bei Fragen der Ausbildung, der Berufs- oder Freiwilligenarbeit sowie bei persönlichen Schwierigkeiten. In den grössten MigrantInnengruppen unterrichten laut Jacobs Raf hauptsächlich Landsleute der TeilnehmerInnen; alle Unterrichtenden sind professionelle LehrerInnen. Der Unterricht erfolgt zum Teil multi-medial; Kenntnisse über das holländische Sozialsystem beispielsweise erarbeiten sich die MigrantInnen anhand eines Computerprogramms im eigenen Lerntempo. Laut Jacobs Raf ist in den Unterrichtsgruppen neben inter-

### **Rosmarie Simmen: «Hohe Bedeutung»**

Das Schlussreferat des SKOS-Fortbildungsseminars hielt Ständerätin Rosmarie Simmen. Das Seminar-Thema sei unter anderem deshalb brisant, weil Ausländerinnen und Ausländer in der Sozialhilfe von einer doppelten Ausgrenzung bedroht seien: als AusländerInnen und SozialhilfeempfängerInnen. In einer Gesellschaft, die Gewinner sehen wolle, die «das Starke, Mächtige und Reiche vergöttert», seien Verlierer «wertlos, sie fallen den andern zur Last, sind Leute, die auf anderer Leute Portemonnaie liegen». In der Verbindung von «Ausländer und Schmarotzer», wie sie im Inserat «einer grösseren schweizerischen Partei» gemacht worden sei, öffne sich ein Abgrund, «der nicht nur alles Fremde, sondern auch das Eigene, so-

zial Schwache zu verschlingen trachtet». «Hier», so Rosmarie Simmen, «sind wir vom faschistischen Gedankengut nicht mehr weit entfernt.» Zwar vermöge die Sozialhilfe weder die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verändern noch die leeren Staatskassen zu füllen. «Aber sie hat gerade in der Arbeit mit Ausländerinnen und Ausländern eine Mission zu erfüllen und eine Botschaft weiterzugeben, die für mein Verständnis von Sozialpolitik zentral ist: Sie hat der doppelten Ausgrenzung entgegenzutreten. Dies nicht nur um der Fremden willen, sondern auch um unserer selbst willen.» Deshalb, so Ständerätin Simmen an die Adresse des Publikums, messe «ich Ihrer Arbeit eine so hohe Bedeutung» zu. *gem*

kulturellem auch intergeneratives Lernen angesagt.

Der Unterricht ist für die MigrantInnen kostenlos, Transportauslagen und Ausgaben für Kinderhütendienste können zum Teil rückerstattet werden. Wer sich zum Abklärungsgespräch nicht meldet oder das vorgeschriebene Programm nicht besucht, kann zu einer Geldbusse verurteilt werden. Das Integrationsgesetz gilt landesweit; die Umsetzung des Eingliederungsprogramms ist den Kommunen überlassen. Der Staat rechnet mit knapp 20'000 Franken (14'000 Gulden) pro KursteilnehmerIn, mit jährlich über 30 Millionen Franken in der Kommune Den Haag (jährliche Einwanderung von zwischen 1'400 bis 2'000 Personen), mit über 400 Mio Franken landesweit.

### «Alle reden», Holland handelt

«Alle reden vom Schlüsselfaktor Sprache, Holland tut etwas»: Walter Schmid, Chef des Amtes für Jugend und Sozialhilfe Zürich, reagierte in Interlaken positiv auf das holländische Modell. Zwar erschienen die Kosten auf den ersten Blick hoch, doch auch in der Schweiz würden die vielen Programme Geld kosten. Für ein vergleichbares Eingliederungsprogramm für MigrantInnen müssten hier keine neuen Strukturen aufgebaut werden, meinte Schmid, es könnte von den bestehenden Erwachsenenbildungs-Organisationen und Gewerkschaften übernommen werden.

gem

## Mit Museum modernes Verständnis von Migration fördern

### Winterthur, Sulzerareal: Symbole für Arbeitsmigration

«Wir sind der Überzeugung, dass ein solches Museumsprojekt nicht bloss für die Stadt, sondern zumindest national eine bedeutsame Identitätsaufgabe hätte und mit einer lebendigen und modernen Ausstellungskonzeption eine grosse Ausstrahlung und Attraktivität erreichen würde.» Das «Museum der Migration» steht vorerst auf zwei A-4-Seiten und ist eine «Ideenskizze», für die das Interkulturelle Forum Winterthur (IFW) finanzielle Unterstützung sucht, um zusammen mit Fachleuten ein professionelles Konzept zu erarbeiten.

Ideal, weil für die Arbeitsmigration symbolhaft, erscheinen den Initianten die ehemalige Industriestadt Winter-

thur und das Sulzer-Areal. Nicht nur die historische Migration soll in den Blick kommen; mit Ausstellungen sowie durch die Arbeit des geplanten Dokumentationszentrums sollen «Lösungsmodelle und Strategien zur Dämpfung der globalisierten Migration und der aktuellen Migrations- und Flüchtlingspolitik entwickelt werden». Vorgesehen ist die Vernetzung mit in- und ausländischen Hochschulen, Regierungs- und Nicht-Regierungsorganisationen.

pd/gem

**Weitere Informationen:** IFW, Markus Hodel, PF 379, 8402 Winterthur, Tel. 052/213 20 03, Fax 052/212 31 30.